

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Deutsche Bundestag hat angesichts der hohen Inflation in dieser Woche ein Entlastungspaket in Höhe von mehr als 50 Milliarden Euro beschlossen. Mit dem Gesetz wird nicht nur die kalte Progression für die Jahre 2023 und 2024 ausgeglichen, sondern auch der Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag und das Kindergeld erhöht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dem Gesetzentwurf der Ampel zugestimmt. Zwar hätten wir uns gewünscht, dass die Anpassung des Einkommenssteuertarifs, mit der die kalte Progression ausgeglichen werden kann, schon für 2022 erfolgt. Dennoch begrüßen wir die vorgeschlagenen Entlastungen. Vor diesem Hintergrund wird der auch in dieser Sitzungswoche wieder mantrahaft vorgetragene Vorwurf der Ampel, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion betreibe Fundamentalopposition endgültig ad absurdum geführt.

Zudem hat der Bundestag den Weg für die sogenannte Dezember-Hilfen frei gemacht, die eine einmalige Entlastung von Verbrauchern von Erdgas im Dezember 2022 vorsieht. Auch diesem Vorschlag hat die Unionsfraktion zugestimmt. Zugleich haben wir in einem Änderungsantrag und Entschließungsantrag deutlich gemacht, dass diesen Hilfen schnellstmöglich eine Entlastungsregelung für Menschen mit Öl- und Pelletheizungen folgen muss. Es braucht ein überzeugendes Gesamtkonzept für alle privaten und gewerblichen Verbraucher.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Ampel verabschiedet sich vom Prinzip des "Fordern und Fördern"

Die Ampel hat mit ihrer Mehrheit in dieser Woche das Bürgergeld-Gesetz im Deutschen Bundestag verabschiedet. Zwar hat die Ampel auf den letzten Drücker Änderungen am Gesetz vorgenommen, die aber die Kritik des Bundesrechnungshofs, der Bundesagentur für Arbeit, des Landkreistags, des Handwerks und auch jener der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht im Ansatz aufnimmt. Wir lehnen das Gesetz in seiner jetzigen Form ab. Die Ampel verabschiedet sich mit dem Bürgergeld

von einem der zentralen Prinzipien des Sozialstaats, nämlich von dem Prinzip des "Fordern und Förderns". So sollen nach Vorstellung der Ampel Pflichtverletzungen im ersten halben Jahr des Leistungsbezugs nicht zu Leistungsminderungen führen. So können zum Beispiel jegliche Angebote zur Arbeitsaufnahme ohne Folgen abgelehnt werden. Das und die überlangen Karenzzeiten sowie die Einführung hoher Schonvermögen sind aus unserer Sicht der falsche Weg. Die Ampel lässt den Respekt vor denjenigen vermissen, die jeden Tag zur Arbeit erscheinen und unseren starken Sozialstaat überhaupt erst möglich machen. An allen Ecken und Enden fehlen Fach- und Arbeitskräfte. Die von der Koalition vorgeschlagenen Änderungen in der Grundsicherung setzen auch deshalb völlig falsche Anreize. Gerade jetzt ist der Zeitpunkt, alles dafür zu tun, um Menschen in Arbeit zu bringen.

Das Bürgergeld-Gesetz der Ampel sieht zudem vor, dass die Regelsätze aufgrund der derzeitigen Preissteigerungen zum 1. Januar 2023 angehoben werden. Da wir diesen Bestandteil des Gesetzes unterstützen und befürworten, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag eingebracht, der das Inkrafttreten der Erhöhung zum 1. Januar 2023 gewährleisten soll. Die Ampel hat diesen Antrag leider abgelehnt.

Wir bleiben dabei: Die Abschaffung von Sanktionen und die Einführung hoher Schonvermögen wird es mit uns nicht geben.

Härtere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir in dieser Woche einen Antrag zum besseren Schutz von Menschen und Kulturgütern vor radikalen Straßenblockierern und Museumsrandalierern in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Es ist richtig und wichtig, dem Klimaschutz eine breite Öffentlichkeit zu verschaffen. Wer aber Menschen durch Straßenblockaden gefährdet und historische Kunstwerke beschädigt, überschreitet eine rote Linie. Die Straßenblockaden der „Letzten Generation“ gefährden Menschen und behindern Rettungskräfte bei der Ausübung ihrer für die Gemeinschaft unersetzlichen Arbeit. So wurden seit Februar allein nach Angaben des Berliner Senats bereits 18 Rettungsfahrzeuge im Einsatz behindert. Die Polizei war gezwungen, aufgrund der Blockaden 130.000 zusätzliche Einsatzstunden zu leisten. Auch die Beschädigung historischer Kunstwerke ist völlig inakzeptabel. Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung.

Der Rechtsstaat muss darauf hart und entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir schärfere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer. Wir fordern, dass die Behinderung von Rettungskräften durch Straßenblockaden künftig mit mindestens drei Monaten Freiheitsentzug bestraft wird. Auch die Beschädigung oder Zerstörung von Gegenständen von besonderem kunsthistorischem Wert muss mit diesem Strafmaß geahndet werden.

Von bloßen Appellen lassen sich die kriminellen Aktivisten nicht abhalten, immer weitere Straftaten zu begehen. Die Strafverschärfungen müssen schnell beschlossen werden, um eine weitere Radikalisierung zu stoppen und Nachahmer abzuschrecken.

Berliner Chaos-Wahl

Ampel zerstört mit ihrem Beschluss Vertrauen in Wahlsystem

Nach zahlreichen Pannen bei der Bundestagswahl in Berlin hat die Ampel-Koalition in dieser Woche beschlossen, in 431 Berliner Wahllokalen die Wahlen zu wiederholen. Damit bleibt sie deutlich hinter der Forderung des Bundeswahlleiters zurück und wird dem Berliner Wahlchaos nicht ansatzweise gerecht. In meiner Rede im Deutschen Bundestag habe ich erklärt, warum die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine komplette Wahlwiederholung in den sechs vom Bundeswahlleiter angefochtenen Wahlkreisen für erforderlich hält.
<https://www.youtube.com/watch?v=dRHuMh7e20M>

Die Union steht an der Seite der Hebammen

Bundesregierung verunsichert einen ganzen Berufsstand

Die Ampel-Koalition hat im Oktober mit ihrer Mehrheit im Deutschen Bundestag im Rahmen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes beschlossen, die Hebammen aus dem Pflegebudget zu nehmen. Diese Änderung soll jetzt wieder rückgängig gemacht werden.

Die Ampel hat dabei sehenden Auges die Geburtshilfe in Deutschland gefährdet, indem sie die Hebammen aus dem Pflegebudget genommen hat. Wenn es dabei bliebe, hätte das fatale Folgen für die Finanzierung der Arbeit der Hebammen. Nun aber bemerkt die Koalition ihren Fehler und plant in Windeseile die Rolle rückwärts.

Dieses Hin und Her war absolut vermeidbar. Die CDU/CSU-Fraktion hat bereits vor Wochen im parlamentarischen Verfahren einen Änderungsantrag zum GKV-Finanzstabilisierungsgesetz vorgelegt, um diese Neuerung wieder rückgängig zu machen. Diesen aber haben die Ampel-Fraktionen einhellig abgelehnt.

Mit ihrem Hü und Hott verunsichert die Ampel einen gesamten Berufsstand. Die Hebammen verdienen unsere Unterstützung, daher werden wir uns auch zukünftig für die Belange ihres Berufsstandes einsetzen.

Habeck will Bioenergieerzeuger zur Kasse bitten

Kürzlich wurden die ersten konzeptionellen Überlegungen von Bundeswirtschaftsminister Habeck zur Übergewinnsteuer bekannt. Diese sieht die rückwirkende Abschöpfung der seit März 2022 erzielten Gewinne am Strommarkt vor. Dies würde auch die Bioenergiebranche und somit beispielsweise bäuerliche Biogas- und Solaranlagenbetreiber treffen. Betreiber von Steinkohlekraftwerken sollen hingegen von der Regelung ausgenommen werden. Es ist absurd, dass ausgerechnet ein grüner Wirtschaftsminister fossile Energieträger unterstützen und zugleich Erzeuger erneuerbarer Energien zur Kasse bitten möchte. Die Grünen scheinen jeden klimapolitischen Kompass verloren zu haben.

Erst kürzlich hatte die Bundesregierung nach erheblicher Kritik den sogenannten Biogasdeckel aufgehoben, um kurzfristig mehr Strom aus Biogas zu gewinnen. Die nun vorgestellten Pläne sind

eine Rolle rückwärts. In der aktuellen Situation sollten wir alle verfügbaren Bioenergie-Kapazitäten nutzen. Die Pläne müssen dringend nachgebessert werden. Die CDU/CSU-Fraktion wird als größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag die weiteren Pläne der Bundesregierung und ein mögliches Gesetzgebungsvorhaben zur Erlösabschöpfung im parlamentarischen Verfahren kritisch begleiten und die Ampel-Koalition zu einer Aufgabe der jüngst bekannt gewordenen Überlegungen drängen.

Die Woche im Bundestag

Diese Sitzungswoche stand für mich im Zeichen der Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses und des Bundestages zur Wiederholung der Bundestagswahl in Berlin. Großes Medieninteresse gab es nach der entscheidenden Sitzung des Wahlprüfungsausschusses am Montag. Zudem habe ich in einem Streitgespräch für die Wochenzeitung "Das Parlament" mit dem Obmann der SPD-Fraktion im Wahlprüfungsausschuss Dr. Johannes Fechner zur Entscheidung des Ausschusses Stellung bezogen.

Zudem fand in dieser Woche die gemeinsame Aktion des Deutschen Bundeswehrverbandes und der OASE-Einsatzbetreuung für Soldaten im Auslandseinsatz statt, die das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familien verbringen können. Die Initiatoren haben gelbe "Bänder der Verbundenheit" anfertigen lassen, auf denen persönliche Grüße von Abgeordneten des Deutschen Bundestages gesammelt werden. Die Bänder sind Symbol der Dankbarkeit und Anerkennung für den oftmals gefährlichen Einsatz der Soldaten.

Zum Abschluss der Woche gaben die "Tage der Begegnung" des Internationalen Jugendforums unter Schirmherrschaft der Bundestagspräsidentin Gelegenheit, mit jungen Menschen ins Gespräch über Politik, Glaube und Werte zu kommen.

Sehr gefreut habe ich mich über die Auszeichnung als Ausbildungs-Ass 2022 für die Schreinerei bulbaum aus Bitburg. In Berlin hat die junge deutsche Wirtschaft in diesem Jahr bereits zum 25. Mal Unternehmen, Initiativen und Schulen für ihr besonderes Engagement in Sachen Ausbildung geehrt.

Die Woche im Wahlkreis

Die sitzungsfreie Zeit habe ich genutzt, um mich bei der Bundesagentur für Arbeit in Trier über den regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu informieren. Wertvoll waren zudem die Einschätzungen der Bundesagentur zu Bürgergeld, Energiekrise und vielen weiteren Themen.

Zudem stand endlich mal wieder ein Schulbesuch auf dem Programm. Diesmal in der Otto-Hahn-Realschule plus in Bitburg. Nach einem Gespräch mit Schulleitung, Vertretern des Personalrates und dem Schülersprecherteam über die Otto-Hahn-Realschule plus als Schwerpunktschule und die Umsetzung des Digitalpaktes folgte der Höhepunkt in der Aula: Diskussions- und Fragerunde mit Schülerinnen und Schülern der 10. Klasse. Danke für die Einladung und die tolle Diskussion!

Regelmäßig suche ich den Austausch mit der Landwirtschaft. Vergangene Woche war ich in Begleitung von Michael Ludwig MdL im Gespräch mit BWV-Präsident Michael Horper, Kreisvorsitzendem Stefan Fiedler und seinem Sohn auf dem Fiedler-Betrieb.

Die 3. Vereinsmesse im Dauner Forum gab Gelegenheit, mit zahlreichen Ehrenamtlern aus der Vulkaneifel ins Gespräch zu kommen.

Zum Aktionstag der MBE (Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer) habe ich den DRK-Kreisverband Bitburg-Prüm besucht und mich mit den zuständigen Mitarbeitern über die Situation in der Flüchtlingshilfe unterhalten.

Auf dem Kreisparteitag der CDU Bitburg-Prüm wurde Michael Ludwig als Kreisvorsitzender im Amt bestätigt und der Vorstand neu gewählt. Allen gewählten Mitgliedern des neuen Vorstandes wünsche ich eine weiterhin gute Arbeit für unseren Eifelkreis!

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de